



BDF Info 04/2023

Zur gescheiterten 3. Verhandlungsrunde der Einkommensrunde von Bund und Kommunen

30.03.2023

Wir möchten Sie mit folgendem Flugblatt über die gescheiterte dritte Einkommensrunde informieren:
https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2023/Einkommensrunde_2023/2303_30_EKR_Bund_Kommunen_Flugblatt_Nr_27.pdf

Nach dem Scheitern der Verhandlungen besteht nun zunächst die Möglichkeit eines Schlichtungsverfahrens zwischen Bund, Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), dbb und ver.di. Die Schlichtungskommission berät vertraulich und nicht öffentlich und beschließt eine Einigungsempfehlung, die den Tarifparteien unverzüglich übersandt wird. Nach der Zustellung der Einigungsempfehlung werden dann die Tarifverhandlungen mit dem Ziel der Einigung wiederaufgenommen. Während des Verfahrens besteht Friedenspflicht.

Das aktuelle Angebot der Arbeitgeberseite:

Eine Grundlage der Diskussionen in der Schlichtungskommission wäre das immer noch aktuelle Angebot der Arbeitgeberseite aus der zweiten Verhandlungsrunde sowie die Forderungen der Gewerkschaften.

Das aktuelle Arbeitgeberangebot beinhaltet:

- Lineare Erhöhungen (auch für Azubis): 3 Prozent zum 1. Oktober 2023 und weitere 2 Prozent zum 1. Juni 2024
- Laufzeit: 27 Monate
- Inflationsausgleichsprämie: 1.500 Euro im Mai 2023 (Azubis 750 Euro), 1.000 Euro im Januar 2024 (Azubis 500 Euro), Teilzeitkräfte nur anteilig
- Änderungen bei der Jahressonderzahlung:
- Kommunen: 75 Prozent ab 2023 in den EG 9a bis 15, 90 Prozent für alle ab 2024
- Bund: 100 Prozent in den EG 1 bis 8, 90 Prozent in den EG 9a bis 12, 80 Prozent in den EG 13 bis 15, jeweils ab 2023
- Keine unbefristete Übernahme der Auszubildenden
- Kein Mindestbetrag
- Keine Verlängerung der Altersteilzeit

Die Forderungen und Erwartungen des dbb:

Der dbb steht nach wie vor zu seinen Forderungen und Erwartungen. Diese sind jetzt auch Grundlage der Diskussionen im Schlichtungsverfahren.

Der dbb fordert:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro
- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden, Praktikantinnen und Praktikanten um 200 Euro sowie eine verbindliche Zusage zur unbefristeten Übernahme der Azubis
- Laufzeit 12 Monate



Des Weiteren erwartet der dbb:

- Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes sowie eine Reduzierung der 41-Stunden-Woche im Bereich der Bundesbeamtinnen und -beamten
- Verlängerung des Tarifvertrags zur Gewährung von Altersteilzeit

Falls das Schlichtungsverfahren nicht zum Erfolg führt, ist eine Urabstimmung über die Frage durchzuführen, ob die Mitglieder bereit sind, für einen besseren Abschluss in den unbefristeten Streik zu treten. An dieser Urabstimmung können sich dann die organisierten Mitglieder, die bei Bund oder Kommunen tätig sind, beteiligen.

Sollten Sie seit Ihrem Eintritt in den BDF NRW Ihren Arbeitgeber z.B. vom Land zur Kommune gewechselt haben, bittet die Geschäftsstelle hierzu um Ihre Information.

Aktuelle Informationen und Hintergründe zur Einkommensrunde 2023 sind auch auf der Sonderseite des dbb unter www.dbb.de/einkommensrunde abrufbar.